

Fokus Milizsystem

Wer hat die besten Ideen zur Reform des Milizsystems? Wer sind die Menschen, die sich an der Spitze der über 2000 Schweizer Gemeinden in Milizarbeit engagieren? Die «Schweizer Gemeinde» begleitet das Schwerpunktthema des Schweizerischen Gemeindeverbands 2019. Wir wünschen gute Lektüre und sagen allen, die sich engagieren: Danke schön!



2019
JAHR DER
MILIZ-
ARBEIT

Veranstaltungskalender - 2019 Jahr der Milizarbeit

21.05.2019	Vernissage zum Milizsystem-Buch
23.05.2019– 24.05.2019	Sommerseminar «Zukunft des Milizsystems» und Generalversammlung des SGV
01.08.2019	1.-August-Feier zum Thema Milizsystem
30.08.2019– 31.08.2019	«Tag der offenen Tür/Nacht der offenen Tore» der Feuerwehren → Informationen für Gemeinden unter www.tinyurl.com/brief-gemeinden

Auf unserer Website www.milizsystem.ch finden Sie die aktuellen Termine und Veranstaltungen.

Neue Impulse für Reformen des kommunalen Milizsystems

Der Ideenwettbewerb hat gezeigt: Bei der Stärkung des Milizsystems geht es nicht nur um bessere Rahmenbedingungen und höhere Entschädigungen. Sondern auch um die öffentliche Wahrnehmung.



Frischekick für das Milizsystem: einer von zehn «Reformatoren», die ihre Idee am Ideenwettbewerb vorstellten.

Bild: Deniz Kenber

Eines hat der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) mit seinem «Jahr der Milizarbeit» bereits erreicht: Die Probleme des Milizsystems sind in den Fokus der öffentlichen Diskussion gerückt. Wenn nicht die Milizarbeit selbst, dann immerhin die Sorge darum liegt im Trend. Zu Beginn des Jahres präsentierte die Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Chur eine Studie, in der die Autoren einen Strauss von über 80 Massnahmen vorschlagen, wie das Milizsystem gestärkt werden könnte. Parallel zur Untersuchung der Experten hat der Gemeindeverband in Zusam-

menarbeit mit mehreren grossen Unternehmen und Wirtschaftsverbänden auch einen öffentlichen Ideenwettbewerb organisiert. (Die besten Vorschläge wurden Ende Februar in Zürich prämiert und in der März Ausgabe der «Schweizer Gemeinde» bekannt gegeben, anm.d.red.)

Politischer Zündstoff

Mit Vorschlägen überflutet wurden die Organisatoren nicht. Die meisten der 19 eingereichten Ideen stammen aus Verbänden und Organisationen. So schlägt die Geschäftsleiterin des Dachverbands der Schweizer Jugendparlamente, Stefanie Bosshard, die Einführung von «Jugendgemeinderäten» vor, die parallel und im Austausch mit den richtigen Gemeinderäten arbeiten und so Jugendlichen die Gemeindepolitik näherbringen. Sandro Lienhart, Präsident der Zürcher Jungfreisinnigen, will, dass Milizarbeit an die Erfüllung der Wehrpflicht angerechnet werden kann. Der Vorschlag geht nicht ganz so weit wie jener eines

allgemeinen obligatorischen Bürgerdienstes, den die liberale Denkfabrik Avenir Suisse vor einigen Jahren lanciert hatte. Politischen Widerstand dürfte er dennoch hervorrufen.

Milizarbeit als Ausbildung

Das gilt auch für den Vorschlag von Christine Badertscher. Sie möchte, dass Arbeit in Milizgremien als Ausbildung anerkannt wird. Wer etwa im Gemeinderat sitzt, soll sich dafür ECTS-Punkte im Rahmen einer Aus- oder Weiterbildung gutschreiben lassen können. Auf die Idee gekommen ist Badertscher, die dem Verein Förderung junge Personen in der Gemeindepolitik angehört, aufgrund der eigenen Erfahrung. Die heute 37-Jährige sass acht Jahre für die Grünen im Gemeinderat der bernischen Gemeinde Madiswil. Daneben arbeitete sie und studierte Agronomie, wie sie im Gespräch erklärt. «Hätte ich die politische Tätigkeit ans Studium anrechnen können, hätte ich mir beispielsweise ein Leadershipseminar teilweise sparen können.» Das hätte eine zeitliche Entlastung gebracht.

Vor allem aber würde sich nach Badertschers Überzeugung das Bild der Milizarbeit in der Öffentlichkeit verändern. «Wenn ich Bekannten erzählte, dass ich im Gemeinderat sitze, reagierten sie oft erstaunt und fragten, warum ich mir das antue», erinnert sie sich. Dass man als Amtsträgerin viel lerne und aus der Tätigkeit auch Vorteile für die berufliche Laufbahn ziehen könne, sei vielen nicht bewusst. Das könnte sich durch eine Anrechenbarkeit als Ausbildung ändern, glaubt Badertscher. «Die Anerkennung und Wertschätzung des Milizsystems würde gestärkt.»

Politiker in die Schule

Es ist eine Aussage, die man immer wieder hört im Gespräch mit Miliztätigen: Sie begrüssen bessere Rahmenbedingungen und finanzielle Anreize, vor allem aber würden sie sich einen höheren Stellenwert der Milizarbeit bei den Bürgern und einen einfacheren Zugang für die Jugend wünschen.



Diese Reformideen wurden für den Projektwettbewerb eingereicht:

Mandat nicht mehr an Wohnsitz koppeln

Das Gemeinderatsmandat sollte nicht mehr prioritär an den Wohnsitz gekoppelt sein. Dadurch erhalten Heimwehpolitiker oder externe Spezialisten mit politischem Interesse eine Chance, in ihrer Wahl- und nicht unbedingt in ihrer Wohnsitzgemeinde den Sprung in die Gemeindeexekutive zu schaffen. Externe Kandidaten sind mehrheitlich weniger voreingenommen und weniger durch Partikularinteressen beeinflusst.

Behörden-Knigge

Die Art und Weise der Zusammenarbeit und der Umgangsformen zwischen Behörden und Verwaltungen haben Einfluss auf die Leistungsfähigkeit, die Motivation und das Arbeitsklima. Lösungsvorschlag: Ausarbeiten und Veröffentlichung eines Behörden-Knigge. Darin sollen die wichtigsten Verhaltensweisen festgehalten werden.

Aufgabenprofil für die Behördentätigkeit

Damit der Einsatz als Behördenmitglied im Milizsystem attraktiv ist, muss der Einstieg niederschwellig sein. Dies wiederum bedingt ein gutes Wissen um die Gegebenheiten, Rahmenbedingungen und Besonderheiten der Behördentätigkeit. Lösungsvorschlag: Ausarbeitung und Veröffentlichung eines Profils zur Behördentätigkeit.

Entschädigungvergleich

Oft stehen die Entschädigungen für die Miliztätigkeit in einem Missverhältnis zu den zunehmend komplexer werdenden Gemeindeaufgaben. Eine angemessene Entschädigung oder andere Möglichkeiten der Anerkennung der Behördenarbeit sind wichtige Voraussetzungen, um Behördenmandate zu besetzen. Lösungsvorschlag: Erarbeitung eines Vergleichs der Entschädigungen im Sinne eines Benchmarks unter den politischen Gemeinden mit Milizsystem. Dabei sollen Parameter wie Anzahl Einwohner/innen, Grösse und Struktur der Gemeinde entsprechend berücksichtigt werden.

Behördentätigkeit als Zivildienst

Seit 1992 sieht die Bundesverfassung einen zivilen Ersatzdienst anstelle der Militärdienstleistung vor. Zusätzlich zu den bestehenden Einsatzmöglichkeiten sollen neu auch Behördentätigkeiten als Zivildienst anerkannt und angeboten werden. Die Finanzierung kann über das bestehende System (Erwerbsersatzordnung/Militärversicherung SUVA) erfolgen.

Weniger Debatte, mehr Dialog!

Gerade jungen Menschen fehlt es oft an der Begeisterung für und der Identifikation mit der Milizarbeit. Das soll sich mit der Einführung eines regelmässig stattfindenden Polittreffs an Schulen auf Gemeindeebene und dem steten Austausch über die sozialen Netzwerke ändern. Die Gemeinderäte sollen Schülern auf Primar- und Sekundarstufe Ein-

blick in ihre Arbeit gewähren und glaubwürdig demonstrieren, dass sie an Jugendlichen als interessierte Bürger und Wähler ebenso interessiert sind wie an den Themen, die sie beschäftigen.

Höchstzahl von Geschäften pro Legislatur

Wie sich in den vergangenen Jahren immer wieder gezeigt hat, bewegen sich die Parlamente auf allen Ebenen immer weiter in Richtung Berufspolitik. Durch eine Festsetzung einer Höchstzahl von Geschäften in einer Legislaturperiode ist eine Priorisierung unumgänglich. Wenn eine Fokussierung auf die wesentlichen Geschäfte notwendig ist, werden diejenigen Geschäfte bevorzugt, die tatsächlich der Bevölkerung und nicht der Profilierung nützen. Die aufgewendete Zeit für die Parlamentarierinnen und Parlamentarier dürfte sich so massiv reduzieren, und die Vereinbarkeit von beruflicher Tätigkeit und Milizamt könnte gestärkt werden.

Anrechenbarkeit an die Wehrpflicht

Um eine bessere Akzeptanz des politischen Milizamts zu erreichen, wird vorgeschlagen, die geleisteten Stunden an die Wehrpflicht anzurechnen. Das heutige System der Wehrpflicht funktioniert bereits in diesem Sinne. Einsätze im Militär- oder Zivildienst werden angerechnet oder führen zu einer Reduktion der Wehrpflichtersatzabgabe. Durch eine Anrechenbarkeit und Gleichstellung wird der Druck auf die Miliztätigkeiten gemindert.

Vereinbarkeit von Miliztätigkeit und Beruf

Die Welt ist in den letzten Jahrzehnten globalisierter, dynamischer und schneller geworden. Demgegenüber präsentiert sich das Schweizer Milizsystem noch sehr traditionell. Die Mitglieder der Gemeindeexekutive treffen sich wöchentlich physisch zu Sitzungen und unterschreiben auf der Gemeindeverwaltung

Rechnungen und Verträge. Doch die physische Anwesenheit einmal pro Woche in der Gemeinde wäre gar nicht notwendig. Erstens sind elektronische Signaturen konsequent einzuführen, zweitens sollten Sitzungen nicht mehr zwingend vor Ort, sondern virtuell abgehalten werden. Hierbei könnten Gemeindeverband und Wirtschaftsverbände aktiv unterstützen und auf die Gemeinden zugehen. Entsprechende Hilfen und Anleitungen könnten online zugänglich gemacht werden.

Flexibler Gemeinderat

Frauen sind in kommunalen Kaderfunktionen stark untervertreten. Wichtigster Grund dafür sind fehlende flexible Arbeitszeitmodelle. Verpflichtungen an mehreren Orten machen zum Beispiel die Teilnahme an Gemeinderatssitzungen unmöglich. Warum also nicht vom Smartphone aus an der Sitzung teilnehmen? Der Einsatz digitaler Tools auf kommunaler Ebene ist sehr realistisch. Die Möglichkeit, virtuell im Gemeinderat tätig zu sein und Arbeiten zeitlich und örtlich flexibel erledigen zu können, trägt somit bei Frauen, aber auch bei allen anderen Anwärtler/innen zu einer enormen Attraktivitätssteigerung des Gemeinderatsamts bei.

Jugendgemeinderat

Der Jugendgemeinderat ist analog zum Gemeinderat vor Ort aufgebaut. Der Jugendgemeinderat trifft sich grundsätzlich parallel zum Gemeinderat. Entweder am Anfang oder am Schluss der Gemeinderatssitzung kann sich der Jugendgemeinderat einbringen. Der Jugendgemeinderat kann zudem über einen kleinen Betrag (z.B. ein Promille des Gemeindebudgets) selbst entscheiden. Die Milizträger/innen können über aktuelle Themen der Gemeindepolitik an die Jugendlichen gelangen und so konkrete Nachwuchsförderung betreiben.



10 von 19 Reformideen durften vorgestellt werden, 3 wurden von der Saaljury prämiert: am Ideenwettbewerb des SGV, unterstützt durch die Versicherungen Axa, Basler Versicherungen, Helvetia, Swiss Life, Swiss Re und Zurich sowie durch economiesuisse, die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft, Swissmem, Interpharma und scienceindustries. Bild: Deniz Kenber

Miliz-Influencer

Jugendliche werden oft von Freunden zu einem politischen Engagement motiviert. Die Idee ist, dass rund zehn jungen Milizpolitiker/innen während eines Jahrs eine intensive und individuelle Begleitung erhalten und so zu kompetenten Politiker/innen und Influencern ausgebildet werden. Das Ziel ist es, das Projekt auf kommunaler Ebene durchzuführen, um Jugendliche für die Lokalpolitik zu sensibilisieren.

Zukunftsverein Jung und Alt

Für die Stärkung und Aufrechterhaltung des schweizerischen Milizsystems ist besonders die Nachwuchsförderung von grosser Bedeutung. Ein attraktiver und innovativer Ansatz ist die Gründung eines Zukunftsvereins für Jung und Alt in den Gemeinden. Der Kern dieses Vereins sollen regelmässige Treffen sein, an denen Kinder und Jugendliche verschiedene Anliegen auf spielerische und kreative Art und Weise (anhand von Postern, Skizzen, Legobausteinen usw.) präsentieren können, die sie vorgängig mit der ganzen Familie ausgearbeitet haben. Ebenfalls sollen an Gemeindeversammlungen diese Ideen von den Kindern und Jugendlichen präsentiert werden.

EO-Entschädigung für Milizpolitiker/innen

Die Milizpolitiker/innen sollen für ihre Aufgaben entschädigt werden, und zwar angemessen. Dies soll durch einen Erwerbsausfallersatz für den Arbeitgeber geschehen. Die Arbeitgeber müssen ihre Mitarbeiter für die Aufgaben im Sinne des Systems freistellen.

Einheitliche Entschädigung

Die Entschädigung der Milizpolitiker/innen wird neu pro Kopf (Einwohner der Gemeinde) schweizweit vereinheitlicht und auf ein angemessenes Niveau (Median der CH) angehoben. Die Vorteile sind, dass es keine Unterschiede mehr gibt zwischen Gemeinden oder Kantonen, und es gibt eine angemessene Entschädigung. Umzusetzen wäre dies durch eine einheitliche, schlanke Regelung auf Stufe Bund.

Qualifizierte Ausbildung

Die Ausübung der Funktionen im Milizsystem wird als Ausbildung anerkannt. Dafür werden neu pro xx Stunden Aufwand xx ECTS-Punkte (bekannt aus der Hochschulbildung) vergeben. Alternativ könnte auch ein Teil eines anerkannten Fachausweises angerechnet werden. Vorteile bestünden darin, dass der Arbeitnehmer interessiert ist, solche Aufgaben auszuüben, da er am Arbeitsmarkt einen Mehrwert generieren kann. Umzusetzen wäre dies in Kooperation mit dem SBF und/oder Berufsverbänden und Hochschulen.

In diese Richtung geht auch der Vorschlag, der bei der Publikumsabstimmung in Zürich die meisten Stimmen holte: Der Jungfreisinnige Matthias Müller will in den Gemeinden sogenannte Polittreffs einführen. Die Idee ist, dass Gemeinderäte Primar- und Sekundarschulklassen besuchen und mit den Schülern über konkrete Probleme und Anliegen reden. Auch direkte Interaktionen über soziale Netzwerke seien denkbar, sagt Müller. «So würde die Gemeindepolitik für die Jungen anschaulicher.»

Vernachlässigtes Nachwuchspotenzial

Er verweist auf die Studie der HTW Chur, gemäss der ein Fünftel der Jungen interessiert wären ein Amt zu übernehmen. Das Problem sei, dass sie dazu meist schlicht keine Gelegenheit bekämen, so Müller, der im aargauischen Merenschwand aufgewachsen ist und heute als Doktorand der Rechtswissenschaften in Zürich lebt. «Wenn es in unserer Gemeinde eine Vakanz gab, wurde alles getan, ausser die Jungen anzufragen.» Und von sich aus hätten sich die meisten Jungen nicht gemeldet, weil ihnen der Zugang zur Politik fehlte. Dies könnten die von ihm vorgeschlagenen Polittreffs ändern, ist er überzeugt.

Gemeinden gefragt

Ideen wie jene des Polittreffs könnten relativ einfach umgesetzt werden, sagt Hannes Germann, Präsident des Gemeindeverbands und Ständerat der Schweizerischen Volkspartei (SVP). «Mit Polittreffs an Schulen könnte gerade jungen Menschen die Gemeindepolitik nähergebracht und praxisnah vermittelt werden.» Der Verband könnte Erfahrungen aus den Gemeinden sammeln und Tipps für andere Gemeinden geben, so Germann. Zunächst aber geht es dem Gemeindeverband darum, Ideen zusammenzutragen und eine Diskussion anzustossen. Mitte Jahr will dann die Dachorganisation laut Germann ihre eigene Positionierung zu möglichen Reformen für das Milizsystem in die Runde werfen.

Lukas Leuzinger

Dieser Beitrag ist Teil von #DearDemocracy, der Plattform für direkte Demokratie von swissinfo.ch swissinfo.ch ist Medienpartner des «Jahres der Milizarbeit» und veröffentlicht regelmässig Artikel zu diesem Thema.

Weitere Infos:

www.swissinfo.ch/ger/direktedemokratie
www.milizsystem.ch

Echo in der Politik: Der Bundesrat soll handeln!

Der Bundesrat wird gebeten, in einem Bericht darzulegen, welche Massnahmen ergriffen werden könnten, um die Zukunft des politischen Milizsystems auf kommunaler Ebene zu sichern, und wie auch in Zukunft eine genügend hohe Anzahl Interessierte für die Milizämter rekrutiert werden kann. 22 Nationalrätinnen und -räte haben das Postulat von Nadine Masshardt (SP/ZH) mitunterzeichnet. Die Begründung: «Da die Zukunft des Milizsystems auch für die Politik von zentralem Interesse ist, soll sich hier auch der Bundesrat an der Lösungsfindung beteiligen und in einem Bericht die Tragweite des Problems darlegen und mögliche Massnahmen aufzeigen. Insbesondere soll geprüft werden, ob ein Erwerbssersatz für die Milizarbeit, ein Steuerabzug der Behördenentschädigung oder eine Anrechnung der Miliztätigkeit an die Dienstpflicht anwendbare Massnahmen sind.»

Der SGV lädt zum Sommerseminar

Die Schweiz hat mit dem Milizsystem eine einzigartige Institution, die Identität zwischen Bürger und Staat stiftet, die Kompromissfähigkeit und Konsens stärkt und die die Bürokratie in Schranken hält. Soll die gegenwärtige Organisation des Staates erhalten bleiben, müssen Bedingungen für das Weiterbestehen geschaffen werden. Dazu braucht es eine ernsthafte landesweite Debatte. Am 23. Mai 2019, einen Tag vor seiner Generalversammlung, führt der SGV in Bellinzona ein Seminar zur «Zukunft des Milizsystems» durch. Die Nachmittagsveranstaltung bietet im Rahmen von Impulsreferaten und Workshops Gelegenheit, Reformvorschläge zu eruieren, die der SGV dann unterstützen soll und kann. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme! Weitere Informationen und Anmeldung unter: www.tinyurl.com/anmeldung-bellinzona